

02.02.24**Antrag****der Länder Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein**

Entschließung des Bundesrates "Antisemitismus effektiv bekämpfen - Existenzrecht Israels schtzen"**- Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein -**

Punkt 21 der 1041. Sitzung des Bundesrates am 2. Februar 2024

Der Bundesrat möge die Entschließung nach Maßgabe der folgenden
Änderung fassen:

Zu Nummer 2

Nummer 2 ist wie folgt zu fassen:

„2. Wer das Existenzrecht Israels leugnet, wendet sich gegen die Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland und kann daher nicht deutscher Staatsbürger werden. Der Bundesrat hält es deshalb für notwendig, dass ein glaubhaftes Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel als Ausprägung deutscher Staatsräson Voraussetzung für die Einbürgerung ist.“